

# Nachdenken über Pressefreiheit

„Es gehört zum Selbstverständnis der Journalistinnen und Journalisten, Verlegerinnen und Verleger in Deutschland, dass sie die Pressefreiheit mutig wahrnehmen. Wann immer es das öffentliche Informationsinteresse erfordert, sollten dabei alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.“ Diesen Leitsatz des Hambacher Appells, unterzeichnet vom DJV-Vorsitzenden Michael Konken und BDZV-Pendant Guido Heinen, hätte wohl auch Philipp Jakob Siebenpfeiffer unterschrieben. „Druckerpressen zu versiegeln“, klagte er vor 175 Jahren gegen staatliche Zensur, „sei so verfassungswidrig wie Backöfen zu versiegeln.“ Denn Demokratie braucht beides: freie Presse und das tägliche Brot.

Knapp 140 Journalisten waren Mitte Juni in Erinnerung an die erste politische Volksversammlung der deutschen Geschichte auf den Hambacher Schlossberg gekommen, um gemeinsam mit Juristen, Politikern und Verlagsvertretern über Pressefreiheit und Demokratie laut nachzudenken. Getreu der Parole ihres historischen Vorbilds widmeten sich Vorträge und Podien des von DJV und Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) organisierten Kongresses „nicht dem Errungenen, sondern dem zu Erringenden, nicht dem ruhmvollen Sieg, sondern dem Kampf für gesetzliche Freiheit“.

Dass dieser Kampf täglich neu geführt werden muss, daran besteht kaum ein Zweifel: Im Schnitt alle fünf Wochen, so dokumentiert der DJV für die Jahre 1987 bis 2005, wurden in Deutschland Redaktionsbüros und Journalistenwohnungen gefilzt, Materialien beschlagnahmt oder zumindest solches versucht. Selbst wenn nachträglich, wie jüngst im Fall „Cicero“, das Bundesverfassungsgericht die Durchsuchung einer Redaktion allein aufgrund der Veröffentlichung eines Dienstgeheimnisses rügt, ist das Ziel staatlicher Gängelung erreicht. Insider und Informanten werden abwägen, ob sie künftig überhaupt mit Medienvertretern sprechen wollen. Erst recht, wenn ab Herbst durch die Vorratsdatenspeicherung minutiös verfolgt werden kann, mit wem, wann und wie lange ein Journalist bei seiner Recherche im letzten Halbjahr telefoniert oder zum Beispiel Unterlagen per Fax ausgetauscht hat.

Wie aber sollen Journalisten ihr Wächteramt noch wahrnehmen, wenn mit dem Hinweis auf terroristische Gefahrenpotentiale der Quellenschutz so massiv ausgehebelt wird? Wenn der zuständige Innenminister weiterhin Überlegungen anstellt, wie der Mailverkehr ausgewertet und die Online-Durchsuchung von Redaktionscomputern legalisiert werden kann?

„Pressefreiheit dient nicht der bequemeren Berufsausübung. Sie ist auch Verpflichtung,“ erinnert Heribert Prantl, Ressortchef Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, an die zwei Seiten derselben Medaille. Wobei nicht nur der Staat Journalisten das Leben schwer machen kann. Mancher prominente Zeitgenosse, darunter auch Wirtschaftsbosse und Parteifunktionäre, versucht durch scharfe Anwaltsschreiben unliebsame Veröffentlichungen zu behindern. Viel zu oft mit Erfolg, weiß Dorothee Bölke, früher Justiziarin beim SPIEGEL und Geschäftsführerin des Deutschen Presserats: „Verleger fürchten die Kosten, Redaktionen den unverhältnismäßig hohen Aufwand, Freie das Prozessrisiko.“ Bleiben Redaktionen standhaft, drohen Einstweilige Verfügungen. „Im Norden mehr als im Süden,“ hat Klaus Sedelmeier, Mitherausgeber des deutschen Standardwerks zum Presserecht (Löffler), beobachtet. „Obwohl ohne mündliche Verhandlung, legen sich Gerichte damit oft fest. Das grenzt an Rechtsbeugung.“

„Wir stehen an einer Wende der freiheitlichen Renaissance, die 1945 durch die Alliierten eingeleitet wurde“, glaubt Professor Robert Schweizer von der Hubert Burda Media Holding. Gehen Datenschutz, Persönlichkeitsrechte oder staatliche Sicherheitsinteressen der

Pressefreiheit vor? Für IFJ-Generalsekretär Aidan White, dessen Organisation weltweit eine halbe Million Journalisten in 117 Ländern vertritt, muss sich Pressefreiheit „in den Turbulenzen stürmischer Ereignisse bewähren, besonders dann, wenn die Demokratie und ihre Institutionen angegriffen werden.“ Dass dieses Recht besonders in Teilen Osteuropas, in Zentralasien, Mittelamerika und Afrika mit Füßen getreten wird – allein im Vorjahr wurden laut Reporter ohne Grenzen weltweit 871 Journalisten verhaftet und 81 getötet – kann die Sorge um Pressefreiheit bei uns im Lande vielleicht relativieren, aber nicht wegwischen.

Der neue „Mainstream“ (DJV-Pressesprecher Hendrik Zörner) hat inzwischen auch öffentliche Institutionen und kommunale Verwaltungen erfasst. Viele von ihnen ignorieren beharrlich ihre Informationspflichten. „Wir könnten jede Woche vor dem Verwaltungsgericht unser Auskunftsrecht einklagen. Zum Glück haben wir andere Informanten“, weist Anton Sahlender, Stellvertreter des Chefredakteurs bei der Main-Post, auf einen weiteren Aspekt der Pressefreiheit hin. Wer allerdings glaubt, die Leser auf seiner Seite zu haben, könnte enttäuscht werden: „Der Wert der Pressefreiheit“, so der einzige Leseranwalt Deutschlands resignierend, „ist dem Leser schwer verständlich zu machen.“

Vielleicht liegt es daran, dass manche Journalisten eher für die Branche als für die Leser schreiben. Möglich auch, dass das Publikum die Aufmerksamkeit heischende Verwechslung von Freiheit und Grenzenlosigkeit mancher Medien nicht goutiert. Oder es unterstellt der Journaille mehrheitlich Selbstverwirklichung und PR für fremde Belange – allesamt Verhaltensweisen, die nach LfM-Direktor Norbert Schneider die Glaubwürdigkeit und damit die Pressefreiheit gefährden.

Die größte Gefahr, so die selbstkritische Analyse auf den Podien, gehe von den Journalisten selbst aus. Wenn Sie sich instrumentalisieren ließen – von Politikern, von Firmen, von Gruppen. „Wir kungeln zu viel mit denen, die wir eigentlich kontrollieren sollten“, kritisiert taz-Chefin Bascha Mika mangelnde Distanz und Unabhängigkeit zu Politik und Wirtschaftsinteressen. Auf dem Podium zitierte sie eine Studie von Siegfried Weischenberg, wonach nur vier von zehn Journalisten überhaupt Kritik und Kontrolle zu ihren Aufgaben zählten. Die Mehrheit begnüge sich mit reiner Information und Unterhaltung. Mika: „Das ist mir zu wenig.“

*Lothar Hausmann*

## **175 Jahre Hambacher Fest**

Das Hambacher Fest von 1832 gilt vielen als Meilenstein für die Demokratiebewegung des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Ursprünglich als Verfassungsfest annonciert, funktionierte der oppositionelle Journalist Philipp Jakob Siebenpfeiffer die Veranstaltung zu einer mächtigen politischen Demonstration für die Einheit der Republik und bürgerliche Freiheitsrechte um. Den Aufruf dazu musste der gelernte Verwaltungsjurist als Anzeige in der „Neuen Speyerer Zeitung“ schalten – seine eigene Zeitschrift „Der Westbote“ war zuvor genauso verboten worden wie die „Deutsche Tribüne“ seines fränkischen Mitstreiters Johann Georg August Wirth. Da half es auch wenig, dass beide vier Monate vorher mit weiteren Journalisten, fortschrittlichen Juristen und protestantischen Pfarrern in Zweibrücken den Deutschen Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse gegründet hatten.

Trotz zwischenzeitlichen Verbots von Fest und Anreise, das erst unmittelbar vor Beginn wieder aufgehoben wurde, versammelten sich am 27. Mai 1832 fast 30.000 Menschen auf dem Schlossberg. Die schwarz-rot-goldene Fahne wurde zum Symbol ihrer Forderungen nach Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, aber auch Handels- und Gewerbefreiheit.